

Positionspapier der deutschen Kaltwalzindustrie

Wirksame Klimapolitik und Sicherung der stahlabhängigen Wertschöpfungsketten in der EU

Düsseldorf, 19. Juli 2025

1. Ausgangslage

Die stahlerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen in Deutschland und Europa sind aufgrund der Vielzahl geopolitischer, wirtschaftlicher und klimapolitischer Herausforderungen in den letzten Jahren stark unter Druck. Branchenanalysen zufolge wurden aufgrund der gesunkenen Nachfrage allein im vergangenen Jahr in Europa Stahlerzeugungskapazitäten von insgesamt rund 9 Mio. t stillgelegt.

Gleichzeitig wurden in Asien - insbesondere in China - 185 Mio. t Hochofenkapazität neu installiert oder sind geplant [Abb.1]. Parallel dazu nimmt der Bau neuer Kohlekraftwerke zu. Allein im Zeitraum 2022-2024 wurden laut Global Energy Monitor¹ in China etwa 300 neue Kohlekraftwerke genehmigt.

EU's DRI upgrades target carbon reduction, while Asia initiates new BF projects

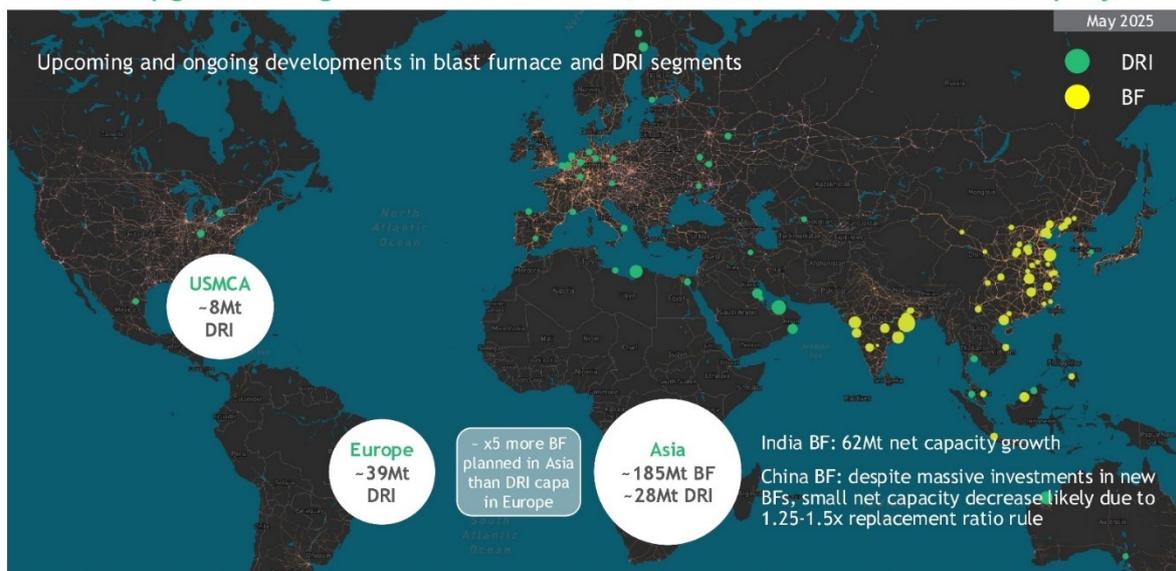


Abb. 1: Bevorstehende und laufende Projekte zum Aufbau von Stahlerzeugungskapazitäten im Hochofen- und DRI-Segment; Boston Consulting Group, 2025

Der European Green Deal sollte durch eine Vorbildfunktion Europas globale Klimaschutzanstrengungen initiieren. Diese sozialromantische Idee ist gescheitert. Der Import subventionierter emissionsintensiver Stahlerzeugnisse, Komponenten und Fertigprodukte aus China gefährdet nicht nur europäische Wertschöpfungsketten. Er untergräbt auch die Wirkung der EU-Klimapolitik und führt zu einer Beschleunigung der Deindustrialisierung Europas.

¹ <https://globalenergymonitor.org/>; Juli 2025

2. CBAM / CO₂-Zertifikate

Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) und die geplante Rückführung der kostenlosen Zuteilung von CO₂-Zertifikaten gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, ohne die beabsichtigte Wirkung auf das globale Klima zu entfalten.

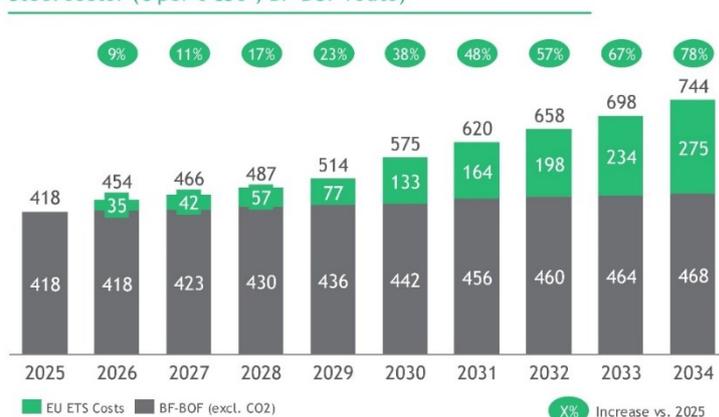
Die CBAM-Verordnung erfasst bislang ausschließlich Vormaterialien. Veredelte oder fertige Produkte wie Komponenten, Maschinen oder Fahrzeuge werden nicht berücksichtigt. Der eingeschränkte Anwendungsbereich führt bereits zu einem deutlichen Anstieg der Importe von CO₂-intensiven Komponenten und Fertigprodukten. Eine Erweiterung des Anwendungsbereiches der CBAM-Verordnung wird politisch diskutiert, würde eine echte Schutzwirkung aber nur dann entfalten, wenn die kompletten Wertschöpfungsketten Berücksichtigung finden. Bleiben Teile ausgeklammert, werden sich die Importe in diese und dahinter liegende Wertschöpfungsstufen verschieben.

Letztlich müssten für einen wirksamen Schutz also alle in die EU importierten Komponenten und Fertigprodukte von der CBAM-Verordnung erfasst werden. Abgesehen von den dafür erforderlichen bilateralen Handelsabkommen wäre damit eine bürokratisch nicht zu bewältigende Komplexität verbunden. Neben dem völlig unzureichenden Schutz auf der Importseite werden EU-Produzenten durch die mit dem CBAM verbundenen Mechanismen im Export benachteiligt.

Der Emissionshandel in der EU ist bereits heute eine erhebliche Kostenbelastung, die sich durch das geplante Auslaufen der freien Zuteilung von Zertifikaten ab 2026 weiter verschärfen wird. Bis 2034 wird aufgrund der zu erwartenden technisch bedingten Verzögerung einer vollständigen Dekarbonisierung der Hochofenroute ein Kostenanstieg von bis zu 78 % erwartet [Abb. 2]. Auch die Dekarbonisierung der Stahlerzeugung in der EU wird aller Voraussicht nach nicht zu einer Senkung der Erzeugungskosten von Stahl führen.

Decarbonization pressure expected to increase steel production cost by ~78%

Steel sector (€ per t CSe¹, BF-BOF route)



Strong cost increase driven by free allowances phase out and ETS certificate prices doubling over the next 10 years

Costs of €-275 in 2034 must be partly passed through to customers and will have strong impact on profitability

1. Crude steel equivalent
 Note: Flat production carbon intensity for steel via BF-BOF assumed, rising scrap & iron ore prices considered
 Source: European Commission, BCG analysis

Abb. 2: Entwicklung der Erzeugungskosten für Stahl bis 2034 bei Verzögerung der Dekarbonisierung, Stand: Dezember 2024; Boston Consulting Group, 2025

Die Einführung des Emissionshandels für Wärme und Verkehr mit dem EU-ETS 2 wird Investitionen in die Dekarbonisierung von Gebäuden und industrielle Prozesswärme erzwingen, die die Unternehmen nach langen Jahren der Krise und bei schwacher Konjunktur mittelfristig nicht bewältigen können. Es droht eine Überforderung der Unternehmen durch multiple Kostensteigerungen bei Vor- und Nebenleistungen, der eigenen Produktion und durch den Gebäudebestand.²

Vergleichbare Systeme zur Bepreisung von CO₂-Emissionen auf dem von der EU vorgesehenen Niveau sind bislang in keiner anderen Region der Welt eingeführt oder in Planung. Wir rufen die Europäische Kommission daher auf, die bisherige klimapolitische Strategie zu überdenken und anzupassen.

Politische Empfehlungen:

- Rücknahme oder Aussetzen der CBAM-Verordnung, Stabilisierung des CO₂-Preises bei 60 bis 70 EUR/t und Erhalt der kostenfreien Zuteilung von Emissionszertifikaten.
- Stabilisierung des CO₂-Preises im Rahmen des 2027 anlaufenden EU-ETS 2 in der vorgeannten Größenordnung.

3. Local Content

Ein mit geringem bürokratischem Aufwand verbundenes wirksames Instrument könnte die Einführung von local content Regeln sein. Für die über local content Regelungen in den industriellen europäischen Wertschöpfungsketten gesicherte Nachfrage könnten dann weiterführende Anforderungen hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes definiert und umgesetzt werden.

Politische Empfehlung:

- Einführung eines verbindlichen „**European Content**“-Anteils für alle stahlhaltigen Erzeugnisse, die auf dem europäischen Binnenmarkt in Verkehr gebracht werden. Die französische Automobilzulieferindustrie fordert beispielsweise einen European Content von 80% für Fahrzeuge und Fahrzeugteile.³

4. Unterbindung von Umgehungsmöglichkeiten

Alle politischen Maßnahmen zum Schutz europäischer Wertschöpfungsketten müssen Umgehungsmöglichkeiten berücksichtigen und effektiv unterbinden. Ein Beispiel ist das Freihandelsabkommen der EU mit Serbien, das in Serbien angearbeitete und verarbeitete Stahlerzeugnisse praktisch zollfrei stellt. Unter diesen Rahmenbedingungen hat Serbien sich zu einem strategischen Hub für chinesische Stahlerzeugnisse und deren Anarbeitung entwickelt. Es ist bereits nennenswert Wertschöpfung aus der EU nach Serbien abgewandert. Die angekündigten massiven Investitionen in Anarbeitungskapazitäten lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten.

Politische Empfehlung:

- Berücksichtigung von Umgehungsmöglichkeiten installierter Schutzmechanismen und effektive Unterbindung der Umgehung.

² [MCC CO2-Bepreisung Klimaneutralitaet Verkehr Gebaeude \(2023\)](#); Juli 2025

³ [Actes du Gerpisa, Gerpisa, Volume 44 \(2025\)](#); Juli 2025